

dieBasis gibt Antwort

(Wahl-)Aufklärung für Erwachsene

- Hat dieBasis ein Programm?
- Was sind die Ziele der Partei?
- Wie sieht eure „bessere Politik“ aus?
- Warum sind „Machtbegrenzung“ und „Kontrolle“ so wichtig?
-



[Zurück zur Homepage](#)

dieBasis gibt Antwort Hat dieBasis ein Programm?

Ziele und Programme werden basisdemokratisch erarbeitet und laufend verbessert.
Dies erfolgt durch den Schwarm über Konsensierung (Lösungen mit geringstem „Widerstand“)



Struktur gemäß
Ministerien in Bayern

1. Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
2. Digitales 8
3. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 10
4. Familie, Arbeit, Soziales 13
5. Finanzen und Heimat 17
6. Gesundheit und Pflege 20
7. Inneres, Sport und Integration 25
8. Justiz 29
9. Umwelt und Verbraucherschutz 32
10. Unterricht und Kultus 34
11. Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie 37
12. Wissenschaft und Kunst 41
13. Wohnen, Bau und Verkehr 43

Parteiprogramm für Bayern

München / Gräfelfing im Mai 2021



11. Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

11.1. Präambel Wirtschaft und Landesentwicklung

Grundsätze für eine wertorientierte Wirtschaft – dieBasis:
Wirtschaft ist ein Schlüssel für Wohlstand und auch Freiheit.
Sie bestimmt sehr stark unser Leben und muss deshalb auch aktiv mit einem politischen und rechtlichen Rahmen gestaltet und an den gesellschaftlichen Werten orientiert werden.

Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

-> wertorientierte Wirtschaft. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, genauso der Erhalt der Natur.
Wir streben eine moderne Form der Sozialen Marktwirtschaft an, die Solidarität aber auch Nachhaltigkeit und Lebensqualität verwirklicht.

dieBasis steht mit der Säule Freiheit für einen freiheitlichen Markt in Kombination mit gesellschaftlichen Werten.
Verlust von Arbeit ist auch Verlust von Freiheit.

Menschenwürdige Arbeit ist wichtig, um sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen und fördert die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Eine sinnhafte Arbeit ist daher ein wichtiges Ziel der Partei dieBasis.

- „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ - Grundgesetz Artikel 14 (2).
- Bayerische Verfassung Art. 151: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“.

dieBasis gibt Antwort

Was sind die Ziele der Partei?

Ziele und Programme werden basisdemokratisch erarbeitet und laufend verbessert. Dies erfolgt durch den Schwarm über Konsensierung (Lösungen mit geringstem „Widerstand“)

Aus dem Vorwort zum bayerischen Parteiprogramm:

Die Partei „Basisdemokratische Partei Deutschland“ (im Folgenden: die Partei) **vereinigt Menschen ohne Unterschied** der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung, geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit, mitwirken wollen.

Totalitäre, diktatorische und oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt die Partei entschieden ab.

Die Partei steht für **Achtsamkeit**, Aufmerksamkeit und Verantwortung im Sinne von Eigen- und Fremdverantwortung sowie für eine Gesamtstruktur, in der sich **alle Menschen gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligen dürfen**.

Unsere wichtigsten Grundrechte sind die Freiheitsrechte. Diese überragen alle anderen Grundrechte. Eine **freiheitliche Gesellschaft** ist nur vorstellbar, wenn Macht begrenzt ist und ihre Ausübung vom Souverän, dem Volk, kontrolliert wird. Ziel ist ein liebevoller, friedlicher Umgang für- und miteinander, bei dem das Menschsein und die Menschlichkeit des anderen immer Beachtung finden.

Aus der Homepage der Bundespartei

DIEBASIS VERÄNDERT

2020 wurden im Schnellverfahren und meist ohne Einbezug des Parlaments zahlreiche Verordnungen erlassen, die weitreichende Freiheitsbeschränkungen beinhalten und tiefgreifende, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben. All dies, ohne dass wir Bürgerinnen und Bürger Mitsprache gehabt hätten. **Das wollen wir ändern!**

Ziele für uns im Ortsverband sind zu finden unter:

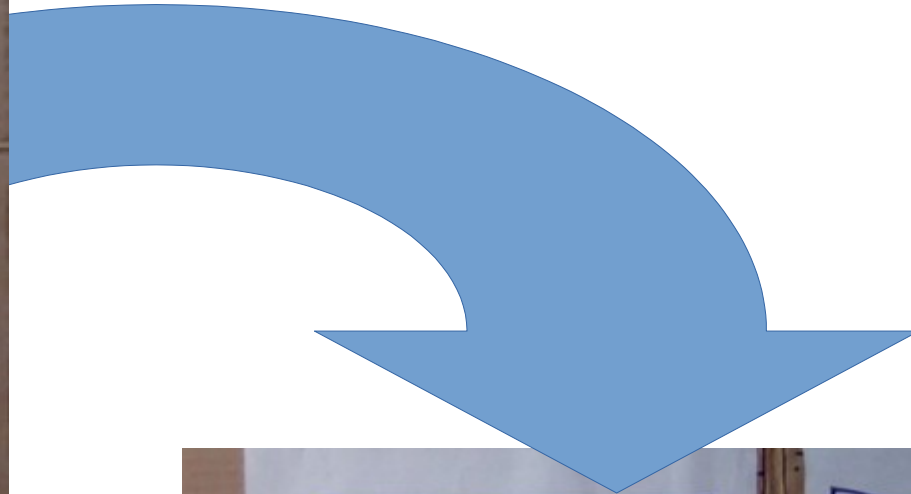
www.diebasis-neumarkt.de

|||dieBasis gibt Antwort

Wie sieht eure „bessere Politik“ aus?

|||dieBasis kippt die Politik!

~~Statt Verordnungen von oben nach unten~~



Zusammenarbeit von Menschen/Bürgern und Mandatsträgern auf Augenhöhe



III dieBasis gibt Antwort

Warum sind „Machtbegrenzung“ und „Kontrolle“ so wichtig?

- Demokratie lebt von verteilter Verantwortung (Bürger – Mandatsträger).
- Macht muss kontrolliert und begrenzt werden, damit Politik auf Augenhöhe (Bürger – Mandatsträger) möglich ist.
- Mandatsträger dürfen sich nicht von Unternehmen abhängig machen (Lobbyismus)

Beispiel Wirecard: 22. Juni 2021- Politik hat Unternehmen beworben (z.B. Merkel in China) – Bürger bleiben auf Schaden sitzen



BAYERN

SPD sieht Kern des Wirecard-Skandals bei Bilanzprüfern

Stand: 16:11 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Jens Zimmermann, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Foto: Magdalena Tröndle/dpa /Archivbild

Beispiel: Viel zu viele Schutzmasken gekauft

Tagesschau.de - 17.06.2021

„Der Rechnungshof kritisiert, dass Gesundheitsminister Spahn mehr Corona-Masken gekauft hat als nötig. Die "massive Überbeschaffung" habe knapp sieben Milliarden Euro gekostet, heißt es im Bericht.“

Mandatsträger haften nicht für unkontrollierten Machtmissbrauch!

III die Basis gibt Antwort

Warum sind „Machtbegrenzung“ und „Kontrolle“ so wichtig?

- Demokratie lebt von verteilter Verantwortung (Bürger – Mandatsträger).
- Macht muss kontrolliert und begrenzt werden, damit Politik auf Augenhöhe (Bürger – Mandatsträger) möglich ist.
- Mandatsträger dürfen sich nicht von Unternehmen abhängig machen (Lobbyismus)

Beispiel: Leserbrief von Beate Meckler, Sengenthal in der Mittelbayerischen vom 26./27. Juni 2021

Wie viele Bürgerinitiativen und Protest brauche es denn eigentlich noch, damit die Politiker fast jeglicher Couleur endlich aufwachen und den Bürgerwillen wirklich ernst nehmen?

Wen sollen wir wählen, wenn sich hinter Parteinamen und Parteiprogrammen leere Phrasen, Lobbyismus, Machtstreben und Bereicherungsstrategien auf Kosten der Gesellschaft verstecken?

Wann wacht die Politik endlich auf?

LESERBRIEF Die Karika- ist, sollte sich für unsere Schöpfung auch verantwortlich fühlen und dem- 5 steht für sozial: Was ist daran sozial, wenn Reiche immer reicher werden und die Schere zur Armut immer größer wird? D steht für demokratisch: Wenn man sich mit politischen Prozessen in den vergangenen zwei Jahren beschäftigt, dann wird schnell klar, wie Bürgerbeteiligungsgesetze eingeschränkt werden, Informationen spärlich fließen und Gesetze spät nachts von Politikern durchgewunken werden, die sich selbst nicht immer gründlich in die Materie einarbeiten oder sich durch eigene Verstrickungen mit der Wirtschaft bei ihren Entscheidungen leiten lassen.

21. Juni regt zum Nachdenken an. Die Erde will geschützt werden.

Wie hab ich mich über diese Karikatur gefreut! Danke Herr Mester, zeigen Sie doch genau auf, was uns Christinnen und Christen, Umwelt- und Klimaschützer in diesen Zeiten wirklich bewegt.

Was geschieht gerade mit der uns anvertrauten Schöpfung? Beziehungsweise, was geschieht nicht! Nämlich diese einzige Erdkugel, die wir haben, zu beschützen. Schützen vor immer noch mehr Wirtschaftswachstum, Umweltzerstörung, Renditestreben und sozialer Ungleichheit.

Wen sollen wir wählen, wenn sich hinter Parteinamen und Parteiprogrammen leere Phrasen, Lobbyismus, Machtstreben und Bereicherungsstrategien auf Kosten der Gesellschaft verstecken?

C steht für christlich: Wer Christ

SCHREIBEN SIE UNS:
leserbriefe@mittelbayerische.de

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Sie müssen sich auf Veröffentlichungen unserer Zeitung beziehen. Bitte fassen Sie sich kurz. Damit viele Leser zu Wort kommen, behalten wir uns das Recht auf Kürzungen vor. Leserbriefe mit beleidigendem oder unwahrem Inhalt werden ebenso wie anonyme Zuschriften (deswegen für Rückfragen Ihre Telefonnummer angeben) nicht veröffentlicht.

Wie viele Bürgerinitiativen und Proteste braucht es denn eigentlich noch, damit die Politiker fast jeglicher Couleur endlich aufwachen und den Bürgerwillen wirklich ernst nehmen? Bürger und Bürgerinnen, denen der Begriff „Heimat“ wichtig ist, die gerne in eine dezentrale Energiewende investieren würden, wenn man sie nur ließe, denen der Flächenverbrauch ein Dorn im Auge ist, weil es Landschaft zersiedelt, Lebensraum zerstört und deshalb auch nicht nachhaltig ist, werden immer mehr und immer lauter!

Es gibt sie, die Politiker und Politikerinnen, die sich auf Veranstaltungen von Bürgerinitiativen trauen, die sich unangenehmen Fragen stellen und denen man ihre Haltungen zu den genannten Problemen auch abnimmt.

Liebe Politiker und Politikerinnen: Jede Menge Sachverstand, der Wille zu mehr Nachhaltigkeit, zu innovativen Veränderungen und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit werden nötig sein, um eine Wahl zu gewinnen! Seien Sie sich also Ihrer Verantwortung gegenüber Ihrem Land und unserer Mutter Erde bewusst und zeigen Sie, dass auch Sie ein Gewissen haben!

Beate Meckler, Sengenthal

III dieBasis gibt Antwort

So sieht unsere Energiepolitik aus: Bürgerbeteiligung statt „Monsterprojekte“

- Demokratie lebt von verteilter Verantwortung (Bürger – Mandatsträger).
- Bürger müssen eingebunden werden, wenn Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden (Machtbegrenzung, Achtsamkeit).
- Das Fachwissen vieler Bürger (Schwarmintelligenz) hilft, gute Lösungen zu finden
- Grundsätze guter Energiepolitik im Parteiprogramm (Kap. 11) verankert

Beispiele für politische Geldverschwendung:

- Hin- und her beim Atomausstieg (Fukuschima, Endlager, ...)
- Erdgasleitung durch die Ostsee (evtl. Projekt-Beendigung)
- Modernstes Gaskraftwerk nach Neubau stillgelegt (Irsching)
- Starre 10H-Regelung für Windkraft

Beispiel für Bürgerproteste: Stromtrasse P53

Pressemitteilung vom 30.03.2021

„Intransparente Bürgerbeteiligung an der Juraleitung erreicht einen neuen Höhepunkt“

Bereits mit Pressemitteilung vom 29.03.2021 hatte das Aktionsbündnis gegen die Juraleitung über die intransparente und undemokratische Bürgerbeteiligung an der Juraleitung berichtet. Es wurde nur eine Auswahl von Bürgerinitiativen eingeladen, laut Information von TenneT nach dem Kriterium, ob eine „räumliche Betroffenheit“ bestehe. Dies steht jedoch nicht mit den Kriterien von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten in Einklang: Allgemeininteressen spielen bei Infrastrukturprojekten, bei denen Umwelt- und Naturschutz betroffen sind, eine große Rolle.

<https://www.stromautobahn.de/intransparente-buergerbeteiligung-an-der-juraleitung-erreicht-einen-neuen-hoehepunkt/>



AKTIONEN, PRESSEMITTEILUNG, VERANSTALTUNGEN

STARKES ZEICHEN GEGEN DIE
JURALEITUNG: „KEINE TRASSE,
NIRGENDS!“

III die Basis gibt Antwort

So sieht unsere Wirtschaftspolitik aus: Regionalen Mittelstand stärken

- Waren und Dienstleistungen möglichst regional produzieren und verbrauchen.
- Kleine und mittelständische Unternehmen nicht weiter schwächen (Marktzugang, Bürokratie).
- Intelligenz der Menschen regional einsetzen (Planung, Umsetzung, Wartung, ...)
- Grundsätze guter Wirtschaftspolitik im Parteiprogramm (Kap. 11) verankert.

Beispiele für falsche Wirtschaftspolitik:

- Ständig wachsende Bürokratie bei Ausschreibungen
- Datenschutz-Grundverordnungs-Monster
- Bonpflicht, Verdrängung des Bargeldes
- Ausverkauf von Ressourcen (Holzrohstoffe, Technologien, ...)



Handwerkskammer: *Ein ganzes Ursachenbündel vom Klimawandel bis zur Geldpolitik sei für den derzeitigen Rohstoffmangel verantwortlich.*

III die Basis gibt Antwort

So sieht unsere Wirtschaftspolitik aus: Wachstum hat seine Grenzen

- Nachhaltigkeit statt Wachstum um jeden Preis – keine weitere Verschuldung.
- Mittelstandsförderung – regionale Kreisläufe (Machtbegrenzung)
- Wirtschaft muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt (Freiheit und Achtsamkeit)
- Grundsätze guter Wirtschaftspolitik im Parteiprogramm (Kap. 11) verankert.

Mittelbayerische vom 22. Juni 2021

Union setzt auf Wachstum

WAHLPROGRAMM CDU und CSU schließen Steuererhöhungen, aber auch -senkungen aus. Die Wirtschaft soll die Kassen wieder füllen.

BERLIN. Mit dem Versprechen eines „Modernisierungsschubs für Deutschland“ bei gleichzeitiger „Sicherheit im Wandel“ wollen CDU und CSU die Bundestagswahl im September gewinnen. Die Union wolle den aktuellen Epochenwechsel aktiv gestalten, sagte der CDU-Vorsitzende Armin Laschet gestern in Berlin. Zuvor hatten die Spitzen beider Parteien das Bundestagswahlprogramm einstimmig beschlossen. „Wir verbinden konsequenten Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke und sozialer Sicherheit“

te Laschet. CSU-Chef Markus Söder versicherte, es handele sich um „ein einheitliches, ein geschlossenes Programm“ der beiden Schwesterparteien. Das 139 Seiten starke Manifest trägt den Titel „Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland“. Von SPD und Grünen kam deutliche Kritik, aus den Reihen der Wirtschaft dagegen Zustimmung.

Umfragewerte verbessert

Die Ausgangslage für die Union habe sich deutlich verbessert, betonte Söder mit Blick auf die aktuellen Meinungsumfragen. „Es hellt sich auf. Der grüne Höhenflug, der Ansatz der Unbesiegbarkeit, der ist zumindest vorbei.“ Die Lage für die Wahl am 26. September sei wieder offen, allerdings mit leichten Vorteilen für die Union. Söder kündigte nach der Bundestagswahl einen „Kassensturz“

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) habe gelitten. Erst danach könne man entscheiden, welche Pläne aus dem Programm wann und wie umgesetzt werden. Dann würden „Stück für Stück Prioritäten“ definiert.

”

Es ist ein Programm, das seriös durchgerechnet ist und realistisch umgesetzt werden kann.“

„Das ist kein Programm von großen Steuerensenkungen“, betonte Laschet. Diese seien nicht realistisch. Aber: „Es ist ein Programm, das seriös durchgerechnet ist und realistisch umgesetzt werden kann.“ Es gehe darum, Bürokratie abzubauen, wirtschaftliche Fesseln zu lösen und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Dies werde zu mehr Steuereinnahmen führen.

Solidaritätszuschlag abschaffen

CDU und CSU schließen trotz der massiven Staatsverschuldung durch Corona Steuererhöhungen aus. Sie wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen, kleine und mittlere Einkommen entlasten, ebenso Familien mit Kindern. Ankündigt wird auch eine Unternehmenssteuerreform. Die Union bekennt sich zum Beibehalten der Schuldenbremse und will rasch zu einem

Dies ist Wählertäuschung: Söder kündigte nach der Bundestagswahl einen „Kassensturz“ an. ... Erst danach könne man entscheiden, welche Pläne aus dem Programm wann und wie umgesetzt werden.

Forderungen sind unrealistisch: ... schließen trotz der massiven Neuverschuldung durch Corona Steuererhöhungen aus, Solidaritätszuschlag abschaffen, Kleine und mittlere Einkommen entlasten, Familien mit Kindern entlasten, Beibehalten der Schuldenbremse, ...

11.7.2021

Fortsetzung in Arbeit